

**Ergebnisprotokoll  
der 11. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie vom 14.06.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.55 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Frau Kennard in Vertretung für Herrn  
Hamann  
Herr Jägers  
Herr Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn  
Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Werner in Vertretung für Herrn  
Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Kamp	Der Senator für Umwelt, Bau und
Frau Kleemann	Verkehr
Herr Höing	
Herr Lübbling von Gärtner	
Herr Eickhoff	
Herr Dr. Schelb	
Herr Dr. Lampe	
Herr Polzin	
Herr Steffe	
Frau Köhnlein	
Frau Eiden	
Frau Jüngst	
Frau Preiß	
Frau Dr. Wehlau	
Herr Viering	
Herr Donaubauer	
Herr Schreve	
Frau Pieper	
Herr Horstmann	ASV
Herr Meyer	

**III Gäste**

Herr Becker	Umweltschutzamt Bremerhaven
Herr Blanke	Beiratssprecher Huchting
Herr Geis	Beiratssprecher Blumenthal
Herr Frerichs	OAL Strom
Herr Nowack	OAL Blumenthal
Herr Mertens	WPG Pollack und Partner

**IV Gastdeputierte**

Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
-----------	-----------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Herr Senator Dr. Lohse** bietet an, unter Verschiedenes über den bisherigen Stand zum Beteiligungsverfahren zur Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 zu sprechen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/11 der Sitzung am 10. Mai 2012)	
-------	---	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

**Herr Imhoff** fragt nach, warum der Bericht zu den Geschwindigkeitsmesstafeln so lange auf sich warten lässt. Die Tafeln sollten nach Auffassung seiner Fraktion bis zum Feriende aufgestellt werden.

**Frau Pieper** berichtet, dass das Amt für Straßen und Verkehr zurzeit noch eine Lösung erarbeitet. Auch eine Befassung in der Juli-Deputation sei unwahrscheinlich, da noch Angebote eingeholt werden müssen, so dass voraussichtlich erst die September-Deputation erreicht werden kann.

**Herr Imhoff** hält diesen langen Zeitraum für sehr unbefriedigend. Der entsprechende Bürgerschaftsantrag wurde schon im Januar 2012 von der Bürgerschaft beschlossen.

**Herr Staatsrat Golasowski** bittet das ASV den Bericht zum Juli vorzulegen, damit die Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann. **Frau Pieper** sagt dies zu.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	Berichte der Verwaltung	
TOP 4a)	Einhaltung des Tariftreuegesetzes -18-	BdV L/S schriftlich

**Herr Jägers** stellt in Frage, ob das aufgelegte Verfahren tatsächlich zu zufriedenstellenden Ergebnissen führen kann. Die Kontrolldichte von 6,7 % der Objekte halte er nicht für zufriedenstellend. Aus dem Bericht gehe nicht die Erwartungshaltung hervor, dass die geprüften Objekte auch einer vertieften Preisprüfung unterzogen wurden. **Herr Jägers** hält die Hinweise aus dem Vergabeausschuss nicht für ausreichend gewürdigt. Es sei zwar wichtig, die anfälligen Gewerke Roh- und Trockenbau vorwiegend zu prüfen, gleichwohl halte er es auch für notwendig, dass z.B. Dachdeckerbetriebe überprüft werden. Das Prüfverfahren sei bislang eher zufällig. Die SPD werde – gerade auch vor dem Hintergrund des Tariftreuegesetzes und des kommenden Mindestlohngesetzes - einen entsprechenden Bürgerschaftsantrag einreichen.

**Herr Dr. Schelb** berichtet über die aktuellen Probleme bei den Prüfungen. Insbesondere sei es notwendig, das Meldeverfahren zu optimieren. Eine höhere Kontrolldichte erfordere auch mehr Personal. Auch bei den Vergabestellen müssten personelle Kapazitäten vorhanden sein, um solche Kontrollen durchzuführen. Hierzu müssten mindestens 2 Personen die Personalien der anwesenden Arbeiter aufnehmen. Da sie keine Polizeirechte haben, könnten die Kontrolleure die Herausgabe der Personalien nicht erzwingen. In der Regel seien die Firmen aber kooperativ. Einige Verfahren wurden auch an das Hauptzollamt abgegeben. Dieses sei dem Ressort gegenüber nicht berichtspflichtig, so dass keine Kenntnisse über den Ausgang der Verfahren vorliegen.

**Herr Gottschalk** führt aus, dass in fünf Fällen schwerwiegende Vertragsverletzungen vorlagen, die sowohl eine Vertragsstrafe als auch einen Eintrag in das Vergaberegister gerechtfertigt hätten. Schlussendlich sei es aber nur zu einer Eintragung gekommen. **Herr Gottschalk** bittet um Auskunft, wer diese Entscheidungen trifft.

**Herr Dr. Schelb** erklärt, dass die Vergabestellen Empfehlungen erhalten und dann selbst entscheiden, ob und welche Sanktionen sie ausführen.

**Herr Jägers** berichtet bezogen auf die Aussagen von **Herrn Dr. Schelb** zum Hauptzollamt, dass er von den Zollmitarbeitern andere Informationen habe. Hier bestehe Klärungsbedarf. Aus seiner Sicht müsse zur besseren Kontrolle der Einhaltung des Tariftreuegesetzes zusätzliches Personal eingestellt werden. Die Finanzierung könnte beispielsweise sichergestellt werden, indem auf die Bausumme ein bestimmter Prozentsatz aufgeschlagen wird.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass differenziert werden müsse, welche Fragen die Verwaltung lösen kann bzw. welche Punkte politische Initiative erfordern.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 4b)	<b>Neozoen und Deichsicherheit in Bremen</b> -31-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

**Herr Imhoff** bedankt sich für den guten Bericht. Es sei bedauerlich, dass sich der Deichverband Links der Weser nicht geäußert habe.

**Frau Dr. Schaefer** erklärt, dass sich in der globalisierten Welt Pflanzen und Tiere überall verbreiten. Daher bittet sie zum Aspekt der Deichsicherheit zu einer der nächsten Sitzungen um einen ergänzenden Bericht, welche weiteren Neozoen / Neophyten es in Bremen gibt und ob diese Probleme verursachen. Beispielsweise habe sie gehört, dass das japanische Springkraut in vielen Kommunen in Niedersachsen eklatante Probleme bereite. Dort müsse überlegt werden, wie man dagegen vorgeht. Insofern sei es wichtig zu wissen, ob es in Bremen mit anderen Tieren oder Pflanzen ggf. auch solche Probleme gibt und welche Bekämpfung vorgesehen ist.

**Herr Senator Dr. Lohse** sagt zu, dass der gewünschte Bericht vorbereitet werde.

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der  
Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 4c)	<b>Integrierter Bewirtschaftungsplan für das Weserästuar und die Unterweser (IBP Weser)</b> -31-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** bittet darum, beim nächsten Mal über die die Weser schützenden Maßnahmen detaillierter zu berichten.

**Herr Arndt** fragt nach, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um möglichst einer Vertiefung und Ausbaggerung der Weser entgegen zu wirken, damit nicht sämtliche schützenden Maßnahmen schlussendlich zwecklos sind oder zumindest eingeschränkt werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 4d)	<b>Förderprojekte „Lebensader Weser“ nach dem EFRE-Programm Bremen 2007 – 2013, Stand der Umsetzung und Planung</b> -31-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Herr Jägers** fragt nach, wann der vorgelegte Plan mit Leben gefüllt werden soll bzw. wann die Umsetzung erfolgt sein wird.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass es einen kontinuierlichen Prozess der Umsetzung geben wird.

**Frau Preiß** berichtet dass der Integrierte Pflegemanagementplan für die Luneplate zurzeit in Bearbeitung ist. Eine Fertigstellung sei für Ende 2013 vorgesehen. Bereits in der Entwurfsphase des Plans, der auch die „Verbesserung der Naturerlebnismöglichkeiten auf der Luneplate“ beinhalten wird, sollen neue Projekte abgeleitet werden, die mit EFRE-Mitteln finanziert werden kann. Dies könnten zum Beispiel neue Beobachtungspunkte oder Wege sein.

Dies sei von der weiteren Planung abhängig. Die Maßnahmen müssen dann bis Ende 2014 umgesetzt werden.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schierenbeck** berichtet **Frau Preiß**, dass die Klärungsbedarfe in der Pauliner Marsch mit der Thematik „Außendeichs liegende Gewerbegebiete“ zusammenhängen. Hierzu werde aktuell noch ein Gutachten abgestimmt.

**Herr Imhoff** spricht an, dass das Projekt Vordeich Werderland als EFRE-Projekt entfällt, da es als Kompensationsmaßnahme für Küstenschutzmaßnahmen im Bereich des Werderlandes herangezogen werden soll. **Herr Imhoff** fragt nach, ob analog auch weitere Projekte, bei denen der Weser mehr Raum gegeben werden soll, nicht mehr aus dem EFRE-Programm bezahlt werden können.

**Frau Preiß** berichtet, dass aus dem EFRE-Programm in Einzelfällen auch Kompensationsmaßnahmen gezahlt werden können. Im Fall Werderland müsse aber der gesamte Bereich als Kompensationsfläche zur Verfügung stehen. Daher gebe es dort eine solche Konstruktion nicht. In anderen Fällen wäre eine EFRE-Kofinanzierung aber grundsätzlich möglich, z.B. beim Integrierten Pflegemanagementplan für die Luneplate.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 4e)</b>	<b>Durchbindung der RS1 im Bahnhof Bremen-Vegesack</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

**Frau Neumeyer** hält das Ergebnis für nicht befriedigend. Sie habe aber heute der Norddeutschen entnommen, dass man die Durchbindung doch durch eine signaltechnische Umrüstung bis Ende 2013 herstellen könnte. **Frau Neumeyer** fragt nach, welche Auswirkungen dies auf den Fahrplan der BSAG in Bremen-Nord haben würde, welche Kosten durch die Umrüstung entstehen werden und wer diese tragen soll.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass dies für die BSAG keinen Unterschied machen wird.

**Herr Polzin** ergänzt, dass Gespräche mit der BSAG geführt werden. Offen sei noch die Frage, mit welcher Leistung der Busverkehr vorgehalten werden muss, da doch nicht auf die Schiene umgestiegen werde. Die (für die neue Signaltechnik für mechanische Stellwerke) entstehenden Kosten werden zu Lasten der DB Netz AG gehen. Die DB sei sehr engagiert das Problem zu lösen.

**Frau Neumeyer** bittet darum, bei ähnlich gelagerten Fällen die Deputation früher zu informieren. Sie möchte solche Informationen nicht zuerst aus der Presse erfahren.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass der Bericht zuerst den Deputierten zugegangen sei und kurz darauf im Internet veröffentlicht wurde. Er habe auf entsprechende Nachfragen der Presse keinen Einfluss.

**Herr Jägers** ergänzt, dass die Abgeordneten selbst dafür gesorgt hätten, dass die Vorlagen und Berichte vor den Deputationssitzungen ins Internet gestellt werden. Auf Nachfrage von **Herrn Jägers** geht **Herr Polzin** weiterhin davon aus, dass schlussendlich ein 15-Minuten-Takt möglich sein muss. Entsprechende Untersuchungen laufen bereits.

**Frau Dr. Schaefer** weist darauf hin, welche enormen Verbesserungen bereits zum Vergleich der Situation vor sechs Jahren eingetreten sind. Dennoch sei eine Direktverbindung wünschenswert.

**Herr Geis** vom Beirat Blumenthal erinnert daran, dass den Bremen Nordern die Durchbindung zugesagt wurde. Es sei unglücklich, dass auch der Beirat wichtige Details aus der Zeitung erfahre. Hier bestehe Verbesserungsbedarf. Der Beirat fordert, in den weiteren Prozess direkter und intensiver eingebunden zu werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 4f)</b>	<b>Betriebsqualität der Regio-S-Bahn Bremen – Bremerhaven</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Jägers** erklärt, dass die derzeitige Betriebsqualität nicht zufriedenstellend sei. Er erwarte, dass hier weiter nach den Ursachen gesucht wird, um eine Verbesserung zu erzielen. Hinsichtlich der Bedienfreundlichkeit der Fahrkartenautomaten fordert **Herr Jägers** bei künftigen Ausschreibungen darauf zu achten, die Verkehrsunternehmen dazu zu bringen, nur einen Automatentypen zu verwenden. **Herr Jägers** berichtet, dass die NordWestBahn bei Beschwerdebriefen offenbar für die Kritik danke und einen 10 €- Gutschein für einen Internet – Shop mitsende. Dies habe mit Qualität nichts mehr zu tun. Das Ressort möge die NordWestBahn auffordern, dieses Verhalten zu ändern.

**Herr Arndt** fragt nach, warum an Fahrkartenautomaten und in den Zügen nicht mit dem BOB-Ticket gezahlt werden kann. Seiner Erinnerung nach sollte dies möglich sein. In einer Straßenbahn sei es auch möglich mit dem BOB-Ticket zu bezahlen. Er bittet darum, dies schnellstmöglich umzusetzen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 4g)</b>	<b>BAB A 281 – Sachstandsbericht über Lärmschutzmaßnahmen im BA 3/2 und BA 4 (Weserquerung)</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Imhoff** bedankt sich für den Bericht. Beim BA 4 sei gemäß der Planung eine hohe Verwallung vorgesehen. Dieser Abschnitt führe jedoch nicht die ganze Zeit an der Bohrstelle entlang, sondern auch über freies Feld. Es sei nicht ersichtlich, warum dort die hohen Verwallungen notwendig seien. Seine Erkundigungen hätten ergeben, dass sie gebaut werden sollen, weil die Strecke durch NATURA 2000 – Gebiet führe. Dies führe zu der Frage, warum Vogelschutz Vorrang vor dem Schutz von Menschen habe. Er empfinde dies so, weil an dem BA 3/2, an dem Menschen leben, kein Schallschutz vorgesehen sei.

**Herr Staatsrat Golasowski** erklärt, dass die Frage der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises vor Ort ausführlich besprochen werden soll.

**Herr Frerichs** berichtet von der schlechten Stimmung vor Ort. Der Bericht lasse wichtige Randaspekte schlicht vermissen. Das Gebäude Stromer Landstraße 7 liege nur 40 m von der geplanten Autobahn entfernt und soll nicht aktiv vor Lärm geschützt werden. Wenn dies rechtlich zulässig sei, was er voraussetze, sei aus seiner Sicht der Gleichheitsgrundsatz der BewohnerInnen Bremens eklatant verletzt. In anderen Ortsteilen gebe es in vergleichbaren

Situationen aktiven Lärmschutz. Es könne nicht angehen, dass alle Teile der BAB A 281 mit Lärmschutz versehen werden, mit Ausnahme der Stromer Landstraße. Dass die Autobahn komme, sei klar. Durch den Einsatz von Flüster-Asphalt könnte aber der Lärm stark gemindert werden.

**Herr Polzin** bestätigt, dass die Planungen rechtlich zulässig seien. Der von **Herrn Frerichs** vertretene Standpunkt weiche von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass in allen Ortsteilen gleichermaßen das geltende Recht nach bestem Wissen und Gewissen angewendet werde.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 4h)</b>	<b>Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen Bericht 2012</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Nowack** fragt zu Nr. 4 des Berichtes (Ausbau der Farge-Vegesacker Eisenbahn) nach, ob es perspektivisch möglich sei, noch eine weitere Ausbaustufe dort vorzusehen, die z.B. den Bahnhof Farge-Ost entwickelt, da dort ein sehr großes Industrieunternehmen ansässig sei.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass die Frage im weiteren Fortgang bearbeitet werde.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 4i)</b>	<b>Landesprogramm Städtebauförderung 2012</b> -72-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

**Herr Pohlmann** erinnert daran, dass das Thema bereits ausführlich in der Stadtbürgerschaft debattiert wurde. Die beigefügte Senatsvorlage gebe den Stand der Diskussionen wieder.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 5</b>	<b>Verschiedenes</b>	
TOP 5a	<b>Stand zum Beteiligungsverfahren zu den Straßenbahnlinien 1 und 8</b>	

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass die Grundlage des aktuellen Handelns des Ressorts die Formulierung aus der aktuellen Koalitionsvereinbarung sei. Danach solle es eine aktive Bürgerbeteiligung zu diesem Verfahren geben. Zum jetzigen Zeitpunkt könne festgestellt werden, dass es einen Dissens über die offenen Fragen gebe. Er strebe an, heute hierzu eine Verständigung zu erzielen. Aus Sicht des Ressorts gebe es eine klare Auftragslage: Die Deputation habe im Herbst 2011 das Ressort gebeten, drei Varianten zu prüfen. Damit sei das Ressort auf seinen Wunsch hin über die Vereinbarungen in der Koalitionsvereinbarung



hinausgegangen. Die Prüfung der drei Varianten wurde der Deputation im Frühjahr 2012 vorgestellt. Das Ressort habe dann den Auftrag erhalten, mit dem Bericht in das Bürgerbeteiligungsverfahren hineinzusehen. Die Deputation hatte bereits im Jahr 2005 nach einem damals durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahren entschieden, dass die KHL-Trasse nicht weiter verfolgt wird, sondern die Trassenführung auf der BTE-Trasse vorgenommen wird. Die Bürger würden nun etwas anderes mit der Verwaltung diskutieren wollen: Der Beirat habe das Ressort aufgefordert, auch die Null-Variante ernsthaft mit einzubeziehen sowie die Diskussion über die KHL-Trasse erneut zuzulassen. Hier erwarte er ein Votum von der Deputation, wie mit dieser Situation umgegangen werden solle. Es sei ihm wichtig, dass jede Person in Huchting, die einen Diskussionsbeitrag zu dem Thema hat, auch zu Wort kommt. Das Ressort bereite die Bürger-Foren mit großem Engagement vor, um entsprechende Gesprächsformate zu schaffen. Beispielsweise bestehe bei Großveranstaltungen das Problem, dass u.U. nicht jede Person zu Wort komme. Hierfür seien kleinere Gruppengrößen besser geeignet. Er habe beim letzten Bürgerforum um Ansprechpartner gebeten, mit denen eine Verständigung über die Form der nächsten Veranstaltung erzielt werden könne. Er habe hierzu bereits erste Rückmeldungen erhalten, was sehr zu begrüßen sei.

**Herr Pohlmann** sieht in der Tat hier die Deputation gefordert. Er bestätigt, dass es sich auch in der Vergangenheit um ein sehr umstrittenes Projekt gehandelt habe. Seine Fraktion befürworte die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8. Es gehe nicht mehr um die Frage des Beirates nach einer sog. Null-Variante. Dies sei bereits politisch entschieden. Auf dieser Grundlage haben die Verwaltungen Bremens und Niedersachsens Verträge geschlossen. Ebenso seien auf dieser Grundlage Straßenbahnbestellungen erfolgt. Die Null-Variante stehe daher nicht mehr zur Diskussion. Nunmehr sei zu klären, wie die Verlängerung erfolgen soll. Der Beirat habe gefordert, auch die Frage der Kirchhuchtinger Landstraße mit aufzunehmen. Dem Wunsch werde man sich nicht verweigern. Sofern es dazu noch offene Fragen gebe, müssen diese umfassend und transparent beantwortet werden. Zur Frage der Ausgestaltung und der Trassenführung werde der Beirat über das Beteiligungsverfahren eingebunden. In einer der nächsten Sitzungen sollte dann aber eine Entscheidung getroffen werden.

Aus Sicht von **Herrn Saxe** war die Bürger-Forum - Veranstaltung sehr informativ. Die Verwaltung habe nach den Beschlüssen der Deputation gehandelt. Sowohl bei BTE- als auch bei der KHL-Trasse gebe es viele Betroffene. Selbstverständlich würden sich die Politiker und die Verwaltung der Diskussion über die KHL-Trasse nicht verweigern. Gleichwohl habe die Verwaltung auf der Informationsveranstaltung neben anderen Faktoren auch dargestellt, dass die KHL-Trasse rd. 23 Mio. € teurer wäre als die BTE-Trasse.

**Herr Strohmann** schließt sich den Vorrednern an. Er halte es für wichtig, dass eine Bürgerbeteiligung stattfindet. Diese bedeute für ihn, dass man gegenseitig die Argumente austauscht und anhand der Argumente dann Beschlüsse fasst. **Herr Strohmann** erklärt, dass man bei aller Betroffenheit der jeweiligen AnwohnerInnen einen anderen Aspekt nicht vergessen dürfe: Die Entwicklung der Linie 1 und 8 habe etwas mit dem Kontrakt und den Zielzahlen sowie der Wirtschaftlichkeit der BSAG zu tun. Seine Fraktion denke auch an die Zukunft der 2.000 MitarbeiterInnen sowie 100 Auszubildenden der BSAG.

**Herr Arndt** schließt sich den Vorrednern an. Er halte es für sinnvoll auch die Möglichkeiten eines Quartiersbusses bzw. Shuttlebusses mit in die Berechnungen einzubeziehen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass genau diese Themen Angebote in den Arbeitsgruppen gewesen seien (sowohl fehlende Wegeverbindungen noch zu optimieren, als auch zu fragen: Wie kann das Busliniennetz möglicherweise so angepasst werden, damit diese Effekte nicht eintreten?). Das Gesprächsangebot bestehe bereits. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass viele Menschen gar nicht dazu kommen, sich mit diesen Fragen wirklich auseinanderzusetzen, weil die andere Debatte (Forderung nach KHL-Trasse) sehr stark im Vordergrund stehe.

**Herr Blanke** erklärt, dass es viele Menschen gibt, die nicht in der Lage sind, sich jeden Tag zu äußern, eine Presseerklärung abzugeben oder Leserbriefe zu schreiben, die aber täglich diese

Verbindung nutzen. **Herr Blanke** regt an, diese Menschen aufzufordern oder anzusprechen und ihre Meinung einzuholen. Dann komme man ggf. zu anderen Ergebnissen. Er habe ein Interesse an einer Streckenführung über die Kirchhuchtinger Landstraße, weil dies für die Erschließung sicherlich optimaler wäre. Ihm sei bewusst, dass dies aus Kostengründen und vor allem wegen der Bundesbeteiligung ein schwieriges Unterfangen werde. Sofern die Übernahme der Differenz gesichert wäre, würde er sich auch für die KHL-Trasse einsetzen.

**Herr Senator Dr. Lohse** bittet die Deputierten, möglichst zahlreich am kommenden Bürgerforum am 09. Juli 2012 teilzunehmen und auch mitzuteilen, dass die Verwaltung genau den Auftrag umsetzt, den die Deputierten ihr gegeben haben. Den genauen Termin werde er den Deputierten noch mitteilen.

TOP 5	Verschiedenes	
TOP 5b	Sonntagsarbeit auf der BAB A27	

**Herr Jägers** bittet um Auskunft, ob die Sonntagsarbeit der Baumaßnahmen auf der BAB A 27 genehmigt ist.

**Frau Pieper** berichtet, dass Sonntagsarbeit seitens des ASV weder angeordnet noch ausgeschlossen wurde, so dass dies der Baufirma freistehe. Für die hier angesprochene Sonntagsarbeit hatte die Firma die Genehmigung der Gewerbeaufsicht vorab eingeholt.

**Herr Jägers** hält es dennoch für notwendig, dass in solchen Fällen Kontrollen nach dem Tariftreuegesetz dahingehend durchgeführt werden, ob auch die Sonntagszuschläge an die Mitarbeiter gezahlt werden.

Zudem weist **Herr Jägers** darauf hin, dass künftig gleichzeitige Sperrungen der Abfahrten Bremen-Nord und Schwanewede möglichst zu vermeiden sind.

TOP 5	Verschiedenes	
TOP 5c	Sanierung von öffentlichen Gebäuden	

**Frau Dr. Schierenbeck** bittet um einen schriftlichen Bericht zum Thema Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Dieser Bericht soll Auskunft darüber geben, welche öffentlichen Gebäude saniert wurden und welche noch saniert werden sollen. Welche Energieeinsparungen bzw. Kosteneinsparungen konnten damit erzielt werden bzw. sollen erzielt werden?

TOP 5	Verschiedenes	
TOP 5d	Kartierungsarbeiten in Strom durch die Gemeinde Delmenhorst	

**Herr Imhoff** weist darauf hin, dass Kartierer aus Delmenhorst in Strom u.a. Vögel zählen und Biotop-Kartierungen vornehmen. Er fragt nach, ob dies zulässig ist.

**Herr Senator Dr. Lohse** sagt eine bilaterale Beantwortung der Frage zu.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll nach  
Tonaufzeichnung